



Inhalt

1. **AfD präsentiert Gesetzentwurf zur Staatsangehörigkeit.....2**
2. **Bürokratie vernichtet Mittelstand2**
3. **AfD fordert Friedensinitiative.....3**
4. **Die Regierungserklärung ist eine Bankrotterklärung4**
5. **Drucksachen der AfD-Fraktion5**



1. AfD präsentiert Gesetzentwurf zur Staatsangehörigkeit

Das Staatsangehörigkeitenrecht wurde in den letzten 20 Jahren grundlegend verändert. Während die Einbürgerung von Ausländern damals im Ermessen der zuständigen Behörde stand, gab es zunehmend eine Abkehr von dem Leitbild der individuellen Einzelfallentscheidung mit Berücksichtigung des staatlichen Interesses. Regelansprüche wurden beispielsweise für auf deutschem Boden geborene Ausländer oder solche, die sich schon lange in Deutschland aufhalten eingeführt. Die Ablehnung wurde den zuständigen Behörden durch solche Regelansprüche fast unmöglich gemacht. Das staatliche Interesse ist mindestens fraglich.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat einen ausführlichen Gesetzentwurf zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft vorgelegt, der eine Rückkehr zu den Regeln auf den Rechtsstand vor dem Jahr 1991 bedeutet.

Jörn König erklärt: „Wir stellen in unserem Entwurf gut dar, warum die Einbürgerung von Ausländern eben nicht zu einer Ausweitung des Staatsvolks genutzt werden sollte. Das Staatsangehörigkeitenrecht wird im öffentlichen Diskurs immer im migrationspolitischen Kontext unter dem Aspekt der Integration von in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund diskutiert. Dabei sollten wir uns auf unsere Wurzeln besinnen und das Staatsvolk nicht in einem solchen Maße verwässern. Das Staatsvolk ist ein staatsrechtlich definierter Begriff und alle die diesen engen Bereich aufspalten wollen handeln in Wahrheit verfassungswidrig. Insofern sind wir als AfD eigentlich sogar die einzige Partei auf dem Boden des Grundgesetzes in dieser Frage, weil wir eben eine grundgesetzlich geschützte Institution erhalten wollen. Das deutsche Staatsvolk soll deutsch bleiben und daher ist unser Antrag richtig und wichtig.“

Interessant war bei zwei Reden linken Parteien die Klage, dass Wahlbevölkerung und Wohnbevölkerung heute nicht ein und dasselbe seien. Die Absicht ist klar, die SPD und Linke wollen mit der Zuwanderung potenzielle eigene Wähler „erzeugen“. Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden. Sonst hätte Bertolt Brecht mit seinem sarkastischen Gedicht „Die Lösung“ nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR: „...Wäre es da Nicht doch einfacher, die Regierung Löste das Volk auf und Wähle ein anderes?“

2. Bürokratie vernichtet Mittelstand

Es ist kein großes Geheimnis, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) überproportional durch staatliche Bürokratie belastet werden. Eine immer größer werdende Flut von Auflagen und Vorgaben führt dazu, dass die KMU schon mal verhältnismäßig bis zu 40 höhere Kosten stemmen müssen, weil eben die gleichen Anforderungen an sie gestellt werden wie an große Konzerne. Die Regierungen der letzten Jahre haben bisher keine Anstrengungen unternommen, diesen unverhältnismäßigen Erfüllungsaufwand in einer Folgestudie zu ermitteln und Schritte zur Abmilderung einzuleiten.

Die AfD ist die einzige Partei, die die Systemrelevanz des Mittelstands ernst nimmt und endlich gesetzlich angemessen berücksichtigen will. Dazu gibt es einen umfangreichen Antrag, der die Bundesregierung zur Entlastung des Mittelstands in ihrer Wirtschafts- und Ordnungspolitik zwingt und ein Gesetzentwurf verlangt, der diese überproportionalen Belastungen beseitigen soll. Zudem soll der Nationale Normenkontrollrat per Auftrag eine Evaluierung durchführen, die genaue Zahlen, insbesondere durch unionsrechtliche und bundesrechtliche Gesetzgebung, liefern soll.

Jörn König dazu: „Dem Mittelstand wird es in Deutschland von Jahr zu Jahr schwerer gemacht. Nicht nur dieses pervers komplizierte Steuerrecht ist hier zu nennen. Wenn man mal mit den betroffenen mittelständischen Familienunternehmen ins Gespräch kommt man aus dem Staunen gar nicht mehr raus. Statt ihnen beispielsweise bei der Erschließung von Produktionsstätten zu helfen und die Hürden so gering wie möglich zu halten, werden so viele verschiedene Anträge und baurechtliche Einschränkungen auferlegt, dass am Ende niemand mehr durchblickt und schon Monate Zeit und tausende Euro verloren sind bevor man überhaupt anfangen kann. Die Politik muss endlich umdenken. Wenn es dem Mittelstand gut geht, dann geht's auch Deutschland gut. Wir müssen endlich aufhören an dem Ast zu sägen, auf dem wir sitzen.“

3. AfD fordert Friedensinitiative

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, eine Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland zu ergreifen. Die europäischen Nationalstaaten müssen in einer sich herausbildenden multipolaren Weltordnung souverän und unabhängig über ihre Sicherheit entscheiden. In den vergangenen Jahren wurde deutlich, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten zu schwach waren, den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in ihrer östlichen Nachbarschaft zu verhindern. Vielmehr hat die finanzielle und ideologische Unterstützung oppositioneller Gruppen vor allem durch das EU-Programm der Östlichen Partnerschaft zu wachsender Instabilität und Spaltung in einigen dieser Staaten geführt. Das deutsch-französische Tandem ist auch derzeit nicht in der Lage, eine führende Rolle bei der Befriedung des russisch-ukrainischen Konflikts zu spielen. Darüber hinaus hat die Bundesregierung Deutschlands Rolle als neutraler Mittler in internationalen Konflikten nahezu aufgegeben und dafür die Kosten dem unbeteiligten deutschen Volke aufgetragen, das nun mit Preissteigerungen und einer unsicheren Energieversorgung konfrontiert ist.

Die AfD fordert zudem mit Nachdruck die Entsendung einer internationalen Friedensdelegation unter Leitung eines Repräsentanten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nach Kiew und Moskau, um mit beiden Seiten einen sofortigen Waffenstillstand zu vereinbaren. Dazu soll eine Feuerpause für die Dauer von mindestens 90 Tagen eingelegt werden, die dann von der OSZE überwacht wird. Zudem sollen die beteiligten Truppen um 30 Kilometer entflechtet werden und sofortiger Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen gestattet werden.

Jörn König meint: „Für mich haben alle anderen Parteien im Bundestag ihre hässlichen Fratzen offenbart und vor allem die Grünen sich als Kriegstreiber geoutet. Dass diese Deutschlandhasser im Bundestag unseren Anträgen zu Friedensgesprächen nicht zustimmen ist ja schon bezeichnend. Aber wirklich erschreckend ist doch, dass es ihnen bei jedem einzelnen Wortbeitrag nur darum ging herauszustellen, wie böartig doch die Forderung nach Friedensverhandlungen mit Blick auf unsere Sicherheitsinteressen seien. Den alten Parteien fehlt es also bei unserem Antrag an Mitgefühl für die Ukraine. Also nach deren Logik ist also eine immer größere Kriegsbeteiligung Deutschlands die Lösung anstelle von diplomatischen Bemühungen? Diese Kriegstreiber gehören umgehend abgewählt.“

Die Rede von Matthias Moosdorf: https://www.youtube.com/watch?v=6iTWX_JkNgo

Dr. Alexander Gauland: <https://www.youtube.com/watch?v=SwXHwD26yNM>

4. Die Regierungserklärung ist eine Bankrotterklärung

Olaf Scholz' Regierungserklärung am Mittwoch hatte viele Worte, aber wenig Substantielles. Die Kommunen laufen Sturm und fangen an, sich gegen den immer größer werdenden Andrang an Migranten zu wehren. Mit einem verschmitzten Lächeln versichert Scholz, dass niemand alleine gelassen wird. Diese Floskeln sind schon fast zu einem Mantra unseres Kanzlers geworden. Pläne, wie die Unterstützung denn aussehen soll werden nicht dargelegt. Es wird zwar versichert, dass jeder Migrant ohne Aufenthaltsgenehmigung das Land verlassen muss, aber diese Aussage geht schon seit Jahrzehnten an der Lebensrealität vorbei. Nicht wenige mussten den Preis dafür mit ihrem Leben bezahlen.

Alice Weidel hat in ihrer Rede treffend die Missstände in der Bundesrepublik dargelegt. Der Krieg in der Ukraine, bei dem Deutschland nach und nach jede Eskalationsstufe hinter sich lässt. Dabei hieß es vor einem Jahr noch, dass die Lieferung von schweren Waffen eine rote Linie sei. Darüber hinaus wird keine nachhaltige Strategie für die ausblutende deutsche Industrie vorgegeben. Deutschland ist auf günstiges russisches Gas angewiesen. Ein alternatives Konzept der Energieversorgung muss den Ausbau der Kernkraft beinhalten. Andernfalls dürften auch der Ampel bald die Lichter ausgehen.

Alice Weidel 10 min: <https://www.youtube.com/watch?v=2ImCFvWkdk>

Jörn König meint: „Nachdem unser Bundeskanzler sich mit den Panzerlieferungen zierte und sich dann als den entschlossenen Macher inszenieren wollte, ist die Landung auf dem Boden der Tatsachen dann doch etwas härter. Die USA liefern gar nicht, beziehungsweise erst nächstes Jahr. Einmal mehr sieht Deutschland wie ein gefügiger Erfüllungsgehilfe der amerikanischen Interessen aus. Personell ist unsere Auslandsvertretung schon seit einiger Zeit eher würdelos aber auch planlos. Der Gipfel ist Frau Baerbocks Kriegserklärung an eine Atommacht. Man kann nur hoffen, dass auch in Russland niemand ernst nimmt, was sie sagt.“

5. Drucksachen der AfD-Fraktion

- 20/5257 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005257.pdf>> Globale Partner in der Entwicklungszusammenarbeit – China -20/5009-
- 20/5286 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/052/2005286.pdf>> Inanspruchnahme von Fotografen, Visagisten, Frisören und sonstigen körpernahen Dienstleistungen durch Mitglieder der Bundesministerien -20/5076-
- 20/5320 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005320.pdf>> Maßnahmen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg -20/5052-
- 20/5375 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005375.pdf>> Verwendung von Bioziden an maritimen LNG-Terminals
- 20/5377 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005377.pdf>> Täter-Opfer-Verhältnisse bei Straftaten von Deutschen und Zuwanderern im Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2022
- 20/5378 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005378.pdf>> Äußerungen der Bundesregierung zu Sperrungen von Konten auf den Diensten PayPal und Twitter
- 20/5427 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005427.pdf>> Nachkorrekturen zu Einreisen in den Jahren 2015 bis 2022
- 20/5436 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005436.pdf>> Treffen von Regierungsmitgliedern mit Alexander Soros
- 20/5437 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005437.pdf>> Zahlungen von Bundesministerien an Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und privatrechtlicher Medien
- 20/5439 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005439.pdf>> Schuldenerlasse der Bundesrepublik Deutschland gegenüber anderen Staaten seit dem Jahr 2000, Stand: 31. Dezember 2022
- 20/5386 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005386.pdf>> Stationsoffensive der DB Station&Service AG im Jahr 2021 -20/4779-
- 20/5391 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005391.pdf>> Treffen der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Svenja Schulze, mit dem Ministerpräsidenten der Ukraine, Denys Schmyhal -20/5073-

- 20/5394 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005394.pdf>> Arbeitsbelastung der Bundesministerien (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/4496) -20/5148-
- 20/5446 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005446.pdf>> Vergaberechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Impfkampagne „Ich schütze mich“ (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/5042)
- 20/5398 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005398.pdf>> Evaluation der Gender Studies durch den Wissenschaftsrat unter Berücksichtigung aller relevanten Einrichtungen in Deutschland -20/5096-
- 20/5399 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005399.pdf>> Versorgungslage und Versorgungsgrad der Bevölkerung in Angola -20/5064-
- 20/5401 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005401.pdf>> Ethnisch motivierte Straftaten im Kosovo -20/5180-
- 20/5422 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005422.pdf>> Globale Partner in der der Entwicklungszusammenarbeit – Mexiko -20/5177-
- 20/5423 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005423.pdf>> Globale Partner in der Entwicklungszusammenarbeit – Peru -20/5194-
- 20/5442 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005442.pdf>> Globale Partner in der Entwicklungszusammenarbeit – Vietnam -20/5195-
- 20/5451 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005451.pdf>> Sprengung von Geldautomaten in den Jahren von 2005 bis 2022
- 20/5454 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005454.pdf>> Erfassung von Gewaltdelikten mit Messern in der Polizeilichen Eingangstatistik der Bundespolizei PES BPOL bis 2022
- 20/5455 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005455.pdf>> Angriffe auf diplomatische Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland
- 20/5456 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005456.pdf>> Meinungsumfragen der Bundesregierung im Zeitraum vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Dezember 2022
- 20/5457 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005457.pdf>> Erfassung antiziganistischer Straftaten in dem Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2022

- 20/5458 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005458.pdf>> Zivile Seenotrettung durch Organisationen mit Sitz in Deutschland in dem Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2022
- 20/5424 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005424.pdf>> Entwicklungszusammenarbeit in und mit Pakistan -20/5179-
- 20/5425 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005425.pdf>> Löschung von E-Mails und anderen Nachrichten ehemaliger Amtsinhaber durch Bundesministerien -20/5160-
- 20/5431 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005431.pdf>> Gewalt gegen Einsatzkräfte -20/5178-
- 20/5432 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005432.pdf>> Globale Partner in der Entwicklungszusammenarbeit – Indien -20/5196-
- 20/5433 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005433.pdf>> Bundespolizeieinsätze in der Silvesternacht 2022/2023 -20/5175-
- 20/5463 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005463.pdf>> Handlungsfelder zur Etablierung unbemannter Luftfahrtsysteme als neue Verkehrsträger
- 20/5464 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005464.pdf>> Der Umgang mit der Gaskrise vor dem Hintergrund der Krisenmanagementübung LÜKEX 18 (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/4109)
- 20/5465 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005465.pdf>> Zum Textgenerator ChatGPT des Unternehmens Open AI
- 20/5485 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005485.pdf>> Waffenfunde bei der Reichsbürgerrazzia am 7. Dezember 2022 und weitere Nachfragen
- 20/5492 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005492.pdf>> Reise der Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock nach Kasachstan und Usbekistan
- 20/5493 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005493.pdf>> Entwicklung der Mietpreise – Schwerpunkt Brandenburg
- 20/5498 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005498.pdf>> Umstrittene Information des Bundesministeriums für Gesundheit
- 20/5499 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005499.pdf>> Personalengpässe als Ursache von Bahnverspätungen

- 20/5501 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005501.pdf>> Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer
- 20/5502 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005502.pdf>> Deutsche Beiträge an die Internationale Arbeitsorganisation
- 20/5550 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005550.pdf>> Geburtshilfe in Deutschland flächendeckend sicherstellen, Fehlanreize beseitigen
- 20/5551 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005551.pdf>> Deutschlands Verantwortung für Frieden in Europa gerecht werden – Eine Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland
- 20/5552 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005552.pdf>> Verhältnismäßigkeit bei der Regulierung kleiner und mittlerer Unternehmen herstellen – Den Mittelstand wirksam und dauerhaft von überproportionalen Belastungen befreien
- 20/5553 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005553.pdf>> Steuerverwaltung mit Distributed-Ledger-Technologien – Zukunftsfähig durch Innovation im öffentlichen Sektor
- 20/5554 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005554.pdf>> Maschinen- und Betriebshilfsringen in der Landwirtschaft die Förderung von Maschinen und Geräten ermöglichen
- 20/5556 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005556.pdf>> Abteilungen für Kurzzeitpflege in Krankenhäusern bundesweit einrichten - Krankenhausstandorte erhalten und stärken
- 20/5557 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005557.pdf>> Ganztagschule - Verbindliche Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen
- 20/5558 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005558.pdf>> Fachübergreifende Frührehabilitation flächendeckend einrichten – Nahtlose Rehakultionskette herstellen, Krankenhausstandorte erhalten und stärken
- 20/5466 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005466.pdf>> Fehlende Kooperation der Herkunftsstaaten bei der Rücknahme ihrer ausreisepflichtigen Staatsbürger und die Effektivität von Rückübernahmeabkommen -20/4997-
- 20/5468 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005468.pdf>> Entwicklungszusammenarbeit mit der Ukraine – Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge in Deutschland -20/5202-
- 20/5470 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005470.pdf>> Angriffe auf Politiker, Parteibüros und Wahlplakate im zweiten Halbjahr und Gesamtjahr 2022 -20/5176-

- 20/5472 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005472.pdf>> Politisch motivierte Kriminalität-links im Jahr 2022 -20/5211-
- 20/5473 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/054/2005473.pdf>> Mutmaßlich linksextremer Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung -20/5213-
- 20/5586 Drucksache als PDF <<https://dserver.bundestag.de/btd/20/055/2005586.pdf>> zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung - 20/5165, 20/5570 - Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren im Infrastrukturbereich